

«C'est une Schnapsidee»

Käme das Vorkanton-Begehren der beiden Basel ins eidgenössische Parlament, hätte es derzeit keine Chance

Von Christian Keller und Delia Pfirter

Liestal/Bern. Alle diejenigen, die sich für die Aufwertung der beiden Basel zu zwei Vorkantonen mit je zwei Ständeratsitzen aussprechen – weil sie sich dadurch mehr Einfluss der Region in Bundesbern erhoffen –, all diejenigen schöpften Ende November 2014 neue Hoffnung: Der Baselbieter alt Nationalrat Hans Rudolf Gysin reichte auf der Landeskantonalverwaltung in Liestal seine «Regio-Stärkungs-Initiative» ein. Mit 2311 gültigen Unterschriften zustande gekommen, verlangt die Initiative eine Ergänzung in der Baselbieter Kantonsverfassung. Der Regierungsrat soll ermächtigt werden, eine eidgenössische Volksinitiative zur Erlangung des Vorkanton-Status zu lancieren.

Noch ist unklar, ob die Baselbieter Bevölkerung die politische Forderung überhaupt unterstützt. Und es liegt auf der Hand, dass auch die Basel-Städter das ehrgeizige Ziel mittragen müssen. In diesem Zusammenhang ist der langjährige Wirtschaftskammer-Chef Gysin ein gebranntes Kind: 1995, als er in Bern bereits die nationalrätliche Kommission in der Tasche hatte, vermieste ihm die Basler Regierung den ganz grossen Coup: Weil sie allen Bundespolitikern schrieb, nichts von zwei Standesstimmen wissen zu wollen, musste er zähneknirschend seine parlamentarische Initiative zurückziehen.

Beim neuerlichen Anlauf ist die Ausgangslage jedoch eine komplett andere: Die Fusionsfrage, die 1995 noch ungeklärt im Raum stand und wohl die Motivation für das intrigante Manöver der Basler war, ist heute vom Tisch: Baselland hat sich mit überdeutlicher Mehrheit gegen einen Zusammenschluss mit den Städtern ausgesprochen. Auch vor diesem Hinter-

grund sagte Gysin im November zur BaZ: «Die Chancen für einen Vorkanton sind so gut wie nie.»

Doch selbst wenn es gelingen sollte, im Raum Basel mit geschlossenen Reihen für die Aufwertung einzustehen: Ohne den Support anderer Kantone sind sämtliche Bestrebungen chancenlos. Wie also denken die Eidgenossen über die Besserstellung von Basel-Städtern und Baselbiern? Eine aktuelle Umfrage der BaZ bei sämtlichen Schweizer Bundespolitikern lässt schwere Zweifel an Gysins Optimismus aufkommen.

Überraschend ist der hohe Rücklauf an Antworten. Von den insgesamt 200 Nationalräten und den 46 Ständeräten teilten 102 Volksvertreter ihre Meinung mit, was einer Teilnahmequote von hohen 41 Prozent entspricht. Damit hat die Umfrage repräsentativen Charakter.

Widerstand landesweit

Das Resultat ist eindeutig: Nur 34 National- und Ständeräte sprechen sich für zwei Basler Vorkantone aus, deutliche 51 sind dagegen. 17 Politiker zeigen sich unentschieden. Damit steht ein wohlgesinntes Drittel einer ablehnenden Zweidrittelmehrheit gegenüber. Fazit: Die Schweiz ist an einer stärkeren Region Basel nicht interessiert.

Überraschend ist, dass der Widerstand aus allen Landesteilen stammt. Die hochgelobte Beziehung der Bâlois zu den Welschen scheint bei dieser heiklen politischen Angelegenheit nichts wert zu sein. Am pointiertesten äussert sich Dominique de Buman, CVP-Nationalrat aus dem Kanton Freiburg: «Zusammenfassend handelt es sich um eine Schnapsidee, die man möglichst rasch aufgeben sollte.» Innerschweizer Exponenten wie CVP-Nationalrat Alois Gmür halten lapidar fest: «Ich sehe

keine Vorteile für die Eidgenossenschaft.» Andere, wie Ständerat Roland Eberle (SVP, TG), bohren in der Wunde der Fusionsverlierer: «Wenn sich die beiden Basel nicht zu einem Kanton einigen können, so sollen sie im «Halbstatus» verbleiben.»

Doch widmen wir uns zunächst der Fraktion der Willigen: Wer sind die Fürsprecher der Nordwestschweizer Ambitionen? Da wäre beispielsweise der Exil-Basler Daniel Vischer (Grüne), ausgewandert nach Zürich, dessen Herz aber noch immer für die rotblaue Heimat schlägt. Treue schwört auch der Aargauer SVP-Ständerat Maximilian Reimann, der Gysin bereits 1995 die Stange gehalten hatte. Der Berner Rudolf Joder (SVP) will Sukkurs leisten, vor allem aus machtpolitischem Eigeninteresse: «Basel ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort, und wenn Basel gegenüber Zürich gestärkt werden kann, helfe ich als Berner gerne mit.» Prominente Ja-Sager sind weiter FDP-Präsident Philipp Müller und seine Parteikollegin Doris Fiala aus Zürich.

In der lateinischen Schweiz will der Tessiner Lega-Nationalrat Lorenzo Quadri als einer von Wenigen eine Lanze für den Vorstoss ennet dem Gotthard brechen: «Ich denke nicht, dass die restliche Schweiz benachteiligt würde, warum sich also dagegen wehren?», schreibt Quadri.

Angst vor Unruhe

Der Satz bringt uns zur Übermacht der Vorkanton-Gegner. Die sehen es nämlich diametral anders. In fast allen abschlägigen Antworten lässt sich dieselbe Befürchtung herauslesen: Wird am hochsensiblen föderalistischen Gefüge, am jetzt stabilen Verhältnis zwischen Stadt und Land und zwischen den Sprachregionen herumgeschraubt, dann

entsteht Unruhe im Land. «Wir reden schon genug oft vom Röstigraben. Verschärfen wir die Situation nicht noch mehr», warnt Olivier Feller, ein Freisinniger aus der Waadt. «Der Ständerat wurde geschaffen zum Schutz der kleineren Kantone gegenüber der Übermacht bevölkerungsreicher Kantone. Dieses Ausgleichsprinzip dürfen wir auf keinen Fall aufweichen», findet Peter Keller, SVP-Nationalrat aus dem Halbkanton Nidwalden.

Der Tenor ist eindeutig: Die hiesigen Vorkanton-Gelüste bringen die nationale Kohäsion in Gefahr, um mit Isabelle Moret (FDP, VD) eine weitere Gegnerin zu zitieren.

SP-Schenker gegen Vorkanton

Natürlich geht es auch um Besitzstandswahrung. Der Zürcher SVP-Nationalrat Alfred Heer sagt offen: «Der Kanton Zürich mit über einer Million Einwohnern ist bereits heute marginalisiert im Ständerat. Wenn nun noch zwei weitere viel kleinere Kantone zwei weitere Stimmen im Ständerat erhalten, wird dies noch unausgewogener.»

Nicht alle, die aktuell ablehnen, sind endgültig abgeneigt: «Da mache ich mit, aber nur wenn auch Appenzell Ausserrhodon (sowie eigentlich auch AI, NW und OW) zu einem Vorkanton würde», sagt Nationalrat Andrea Caroni (FDP, AR). Dennoch befindet sich auch diese mehrfach geäusserte Haltung in der Minderheit. Noch ein Wort zu den Basler und Baselbieter Gesandten in Bern: Alle sind im Boot, ausser die SP-Vertreter Eric Nussbaumer (BL) und Silvia Schenker (BS). Schenker strebt weiterhin die Fusion der beiden Basel an. «Mit einer Aufwertung von Baselland zum Vorkanton ist diese Türe zu», begründet sie ihre Ablehnung.

Zitate

«Die Schweiz als kleines Land braucht nicht noch mehr Vorkantone und Voll-Kantönleigeist!»

Margret Kiener Nellen, BE, SP

«Eine solche Aufwertung würde mit Sicherheit zu einer äusserst belastenden Diskussion um die einschlägigen Konsequenzen (Deutschschweiz vs. lateinische Schweiz) in unserem Bundesstaat führen, welche wir ohne Not bei Gott nicht provozieren sollten.»

Ivo Bischofberger, AI, CVP

«Das Ungleichgewicht zwischen den kleinen und grossen Kantonen, wozu auch mein Kanton Waadt gehört, würde noch weiter zunehmen. Also würden Waadt oder auch Zürich vier Ständeräte fordern. Das gefährdet die nationale Kohäsion.»

Isabelle Moret, VD, FDP

«Als Bürger von Basel und im Herzen Basler, obgleich kein Beppiist, bin ich dafür.»

Daniel Vischer, ZH, Grüne

Pro Jetzt erst recht

Von Christian Keller



Sehen wir den Realitäten ins Auge: Die Chancen für einen Baselbieter Vorkantons-Triumph stehen miserabel.

Also aufgeben und hinschmeissen? Keinesfalls. Das sind genau die Momente, in denen sich bei mir die Überzeugung festigt: Jetzt erst recht.

Dem Aargauer Nationalrat Maximilian Reimann (SVP), der dem Baselbiet beim angestrebten Ständezuwachs seit Jahrzehnten treue Hilfsdienste leistet, ist beizupflichten: «Nicht die Kämpfe, die wir verlieren, sondern die Kämpfe, die wir gar nicht führen, sind unsere Niederlagen.»

Die Grundfrage darf nicht lauten, wie realistisch ein politisches Unterfangen ist, sondern welche Berechtigung es hat. Müssen wir darüber diskutieren, ob vier statt zwei Vertreter aus Basel-Stadt und Baselland im Stöckli angemessen sind? Ist es unbe-rechtigt, gar vermessen, diesen Antrag unter der Bundeshauskuppel zu stellen? Natürlich nicht.

Als sich der Jura endlich aus den Fesseln des verhassten Bern lösen konnte (ein gutes Beispiel übrigens für ein lange aussichtsloses Ziel, das wegen stetigem Druck doch erreicht wurde), machte die Schweiz auch nicht halbe Sachen. Bei der Trennung 1833, als man das von der Hülf-tenschanz-Niederlage tief gekränkte Basel als «Aristokratennest» verspottete, ging es um Abstrafung. Hier haben die Eidgenossen eindeutig Nachholbedarf in Sachen Wiedergutmachung.

Die aktuelle BaZ-Umfrage ist kein endgültiges Nein. Wie wird die Vorkantons-Frage wahrgenommen, wenn in beiden Basel bei entsprechenden Volksabstimmungen deutliche Mehrheiten gewonnen werden? Plötzlich sieht alles anders aus. Die gefährlichen Gegner hat Hans Rudolf Gysin ohnehin nicht vor sich in Bern, sondern in seinem Rücken: Beim berücktigten Nachbarn, der ihm schon einmal alles vermasselte. Wenn die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker nicht mitmachen will, weil sie noch immer die Fusion anstrebt, dann hat sie ein doch sehr seltsames Demokratieverständnis. christian.keller@baz.ch

Contra Besser die Finger davon lassen

Von Thomas Gubler



Gemessen an der wirtschaftlichen Stärke der Region Nordwestschweiz grenzt es tatsächlich an eine Zumutung, dass Basel-Stadt und

Baselland im Bund nur über je einen Ständerat und eine halbe Standesstimme verfügen. Keine Frage, dass dieser Zustand schleunigst korrigiert werden müsste, wenn der Bundesstaat in der Standesvertretung die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse abbilden müsste. Muss er aber nicht. In einem föderalistischen Staatsgebilde steht die Wirtschaftskraft der Gliedstaaten nicht im Vordergrund. Bei einer Willensnation wie der Schweiz sind Rücksichtnahme auf sprachliche und kulturelle Minderheiten sowie der Respekt gegenüber regionalen Befindlichkeiten zentrale Anliegen. Sie spielen für den Zusammenhalt dieses Landes die wesentlich grössere Rolle als die adäquate Berücksichtigung der wirtschaftlichen Potenz einer Region.

Unter diesen Umständen aber ist die Aufwertung der beiden Basel im Bund nicht nur kein dringliches Anliegen, sie wäre geradezu gefährlich. Das innereidgenössische Gleichgewicht geriete ins Wanken; denn ein solcher Schritt würde verhängnisvolle Begehrlichkeiten wecken. Zu glauben, die anderen ehemaligen «Halbkantone» Obwalden, Nidwalden – mit seiner «Goldküste» am Vierwaldstättersee – und die beiden Appenzell würden sich weiterhin mit der Hälfte begnügen, wäre jedenfalls naiv. Spätestens aber, wenn Appenzell-Innerrhodon mit seinen gut 15 000 Einwohnern auch zwei Ständeräte bekäme und als ganze Standesstimme zählen würde, wärs vorbei mit dem Bundesstaat Schweiz in seiner heutigen Form. Dann käme nämlich der 100 Mal bevölkerungsreichere Kanton Zürich mit der ultimativen Forderung nach mindestens drei Ständeräten, und dann Bern und dann Waadt und dann ... Wenn schon die Strukturen dieses Staates hinterfragt werden, dann müsste eine grundsätzliche Reform der Gliedstaaten ins Auge gefasst werden. Sonst lässt man besser die Finger davon. thomas.gubler@baz.ch

PRO
Nationalräte
Philipp Müller, AG, FDP
Maximilian Reimann, AG, SVP
Andrea Caroni, AR, FDP
Urs Gasche, BE, BDP
Rudolf Joder, BE, SVP
Albert Rösti, BE, SVP
Aline Trede, BE, GPS
Christian Wasserfallen, BE, FDP
Thomas de Courten, BL, SVP
Maya Graf, BL, GPS
Susanne Leutenegger Oberholzer, BL, SP
Christian Miesch, BL, SVP
Daniela Schneeberger, BL, FDP
Elisabeth Schneider-Schneiter, BL, CVP
Sebastian Frehner, BS, SVP
Daniel Stolz, BS, FDP
Martin Landolt, GL, BDP
Yvette Estermann, LU, SVP
Jakob Büchler, SG, CVP
Kurt Fluri, SO, FDP
Stefan Müller, SO, CVP
Markus Hausammann, TG, SVP
Lorenzo Quadri, TI, Lega
Pierre Rusconi, TI, UDC
Olivier Français, VD, PLR
Bruno Pezzatti, ZG, FDP
Toni Bortoluzzi, ZH, SVP
Doris Fiala, ZH, FDP
Maja Ingold, ZH, EVP
Daniel Vischer, ZH, GPS
Ständeräte
Christine Egerszegi, AG, FDP
Claude Janiak, BL, SP
Alex Kuprecht, SZ, SVP
Jacques Neirynek, VD, PDC

CONTRA
Nationalräte
Max Chopard-Acklin, AG, SP
Hans Killer, AG, SVP
Gerhard Müller, AG, GPS
Daniel Fässler, AI, CVP
Matthias Aebischer, BE, SP
Margret Kiener Nellen, BE, SP
Erich von Siebenthal, BE, SVP
Eric Nussbaumer, BL, SP
Markus Lehmann, BS, CVP
Silvia Schenker, BS, SP
Christine Bulliard-Marbach, FR, CVP
Dominique de Buman, FR, PDC
Valérie Piller Carrard, FR, PSS
Ursula Schneider Schüttel, FR, SP
Jean-Francois Steiert, FR, SP
Heinz Brand, GR, SVP
Martin Candinas, GR, CVP
Silva Semadeni, GR, PSS
Roland Fischer, LU, GLP
Ruedi Lustenberger, LU, CVP
Peter Schilliger, LU, FDP
Peter Keller, NW, SVP
Karl Vogler, OW, CVP
Barbara Gysi, SG, SP
Walter Müller, SG, FDP
Martina Munz, SH, SP
Roland Borer, SO, SVP
Bea Heim, SO, SP
Alois Gmür, SZ, CVP
Marco Romano, TI, PPD
Olivier Feller, VD, PLR
Isabelle Moret, VD, PLR
Roger Nordmann, VD, PSS
Guy Parmelin, VD, UDC
Jean Christophe Schwaab, VD, PSS
Eric Voruz, VD, PSS
Gerhard Pfister, ZG, CVP
Hans Fehr, ZH, SVP
Alfred Heer, ZH, SVP
Martin Naef, ZH, SP
Barbara Schmid, ZH, CVP
Beat Walti, ZH, FDP
Ständeräte
Hans Altherr, AI, FDP
Ivo Bischofberger, AI, CVP
Werner Hösli, GL, SVP
Paul Niederberger, NW, CVP
Hans Hess, OW, FDP
Karin Keller-Sutter, SG, FDP
Roland Eberle, TG, SVP
Brigitte Häberli, TG, CVP
Joachim Eder, ZG, FDP

UNENTSCHLOSSEN
Nationalräte
Bernhard Guhl, AG, BDP
Andrea Geissbühler, BE, SVP
Alec von Graffenried, BE, GPS
Beat Jans, BS, SP
Carlo Sommaruga, GE, PSS
Hansjörg Hassler, GR, BDP
Louis Schelbert, LU, GPS
Yvonne Gilli, SG, GPS
Philipp Hadorn, SO, SP
Urs Schläfli, SO, CVP
André Bugnon, VD, UDC
Thomas Aeschi, ZG, SVP
Thomas Hardegger, ZH, SP
Ständeräte
Pascale Bruderer Wyss, AG, SP
Anita Fetz, BS, SP
Raphael Comte, NE, PLR
Jean-René Fournier, VS, PDC